

# Volksbewegung für die deutsche Einheit!

## Appell des Bundesministers Jakob Kaiser — Gesamtdeutsche Aktion

Berlin (Eigenbericht). Die gesamte freie Welt erkennt heute nach dem Ausgang der Berliner Viererkonferenz deutlich denn je, daß die Deutschen ein Recht darauf haben, wieder in einem ungeteilten Deutschland zu leben. In Deutschland hat der Bundestag seine Entschlossenheit zur Wiedervereinigung nochmals betont. In dieser Situation hat der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, die Deutschen zu einer „echten Volksbewegung für die Wiedervereinigung Deutschlands“ aufgerufen, die nicht eher aufhören darf, bis es keine Grenze an der Elbe und keine 18 Millionen Deutsche mehr gibt, die in Unfreiheit leben müssen.

Jakob Kaiser wies in seinem Appell, der über den Rundfunk verbreitet wurde, auf das einmütige Bekenntnis des Bundestages zur Wiedervereinigung hin und sagte, der Motor, der diese Politik vorantreibe, könne nur der entschiedene Wille des deutschen Volkes sein. „Diesen Willen vor aller Welt anschaulich zu machen, diesem Willen Form und praktische Zielsetzung zu geben, ist jetzt mehr denn je notwendig.“

Der Bundesminister erklärte: „Schon vor einiger Zeit habe ich auf die Notwendigkeit einer Volksbewegung für die Wiedervereinigung Deutschlands hingewiesen. Das Echo war stark. Immer wieder kamen neue Aufforderungen und Vorschläge. Jetzt — nach der Berliner Konferenz — verdichten sich die Stimmen so sehr, daß offensichtlich die Zeit für eine echte Volksbewegung für die Wiedervereinigung Deutschlands gekommen ist.“

Das einmütige Bekenntnis des Bundestages muß nunmehr im Volke in einer gesamtdeutschen Aktion Gestalt annehmen. Die Aufgabe dieser gesamtdeutschen Aktion — darüber sind sich alle Stimmen einig — muß es sein, die Wiedervereinigung Deutschlands zum Willenszentrum unseres Volkes zu machen. In fortwährender Bemühung muß das Verantwortungsbe-

wußtsein von West- und Süd-deutschland für die 18 Millionen jenseits von Elbe, Werra und Fulda gestärkt werden. Das Wissen um das Schicksal der Zone und das Miterleben mit der Bevölkerung muß intensiviert werden. Persönliche Kontakte mit Berlin und Mitteldeutschland müssen wesentlich vermehrt werden. Insbesondere aber muß auch die Kenntnis der politischen Probleme und Aufgaben der Wiedervereinigung vertieft werden.

Selbstverständlich wird von Regierung, Bundestag und Parteien für diese Ziele gearbeitet. Aber das genügt nicht. Der Wille zur Wiedervereinigung muß stärker als bisher aus der Mitte des Volkes selbst kommen. Die Welt rundum, vor allem auch die Zone, sollen die Überzeugung gewinnen: Das Volk will es!“

Abschließend sagte Kaiser: „In der Welt wird immer wieder der Zweifel laut, ob es den Westdeutschen wirklich ernst mit dem Wiedervereinigungswillen ist. Diese Zweifel werden nur zum Verstummen gebracht, wenn sich unser Volk in gemeinsamer Aktion zu lebendigem Bekenntnis für die Wiedervereinigung in Freiheit zusammenschließt. Das wird auch die entscheidende Ermutigung für die 18 Millionen in Mitteldeutschland sein, auf die sie warten.“

## Verteidigung und Wehrpflicht

### Wichtige Entscheidungen des deutschen Bundestages

Bonn (Eigenbericht). Der Deutsche Bundestag hat in der vergangenen Woche zwei für die deutsche Zukunft wichtige Entschlüsse gefaßt: Erstens verpflichtete er sich erneut feierlich, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um den in Unfreiheit lebenden Deutschen der Sowjetzone beizustehen und die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit herbeizuführen. Koalition und Opposition waren sich in diesem Willen zur Lösung der deutschen Lebensfrage einig. Zweitens hat der Bundestag mit der erforderlichen klaren Zweidrittelmehrheit der Wehrgesetzgebung des Grundgesetzes zugestimmt.

Die Koalition sprach sich mit 334 Stimmen geschlossen für und die SPD mit 114 Stimmen geschlossen gegen die Grundgesetzänderung aus. Nun wird in das Grundgesetz eine Bestimmung aufgenommen, wonach der Bund das Recht zur ausschließlichen Gesetzgebung über die Verteidigung ein-

schließlich der Wehrpflicht für Männer vom 18. Lebensjahr an und über den Schutz der Zivilbevölkerung hat. Nach der Abstimmung erklärten die Vertreter der Koalition, daß jetzt der Weg freigemacht sei für die europäische Integration. Voraussichtlich am 19. März wird (Fortsetzung auf Seite 4)

J. B. Gradl:

## Gegen nationale Trägheit

Abgesehen von dem Beschluß, Ende April eine Fernostkonferenz in Genf durchzuführen, waren die unmittelbaren Ergebnisse der Viererkonferenz nur negativ: kein Weiterkommen in der Deutschlandfrage, kein österreichischer Staatsvertrag. Man hätte deshalb glauben können, daß die Lust zu neuem Verhandeln danach sehr gering sein würde. Die vergangene Woche hat gezeigt, daß das nicht der Fall ist.

### Keine Angst vor Verhandlungen

Der Wille, weiter zu verhandeln, wird nachhaltig bekundet. In besonders eindrucksvoller Weise hat das Außenminister Dulles in einer Rundfunkansprache an das amerikanische Volk getan. Er hatte sich nach seiner Rückkehr mit der Meinung auseinandersetzen, daß Verhandeln sich nicht lohne und gefährlich sei. Darauf hat Dulles sehr deutlich geantwortet: „Es ist nicht einzusehen, warum wir uns weigern sollten, unsere Ziele auf friedlichem Wege zu erreichen, aus Furcht, am Konferenztisch ausmanövriert zu werden.“

Man kann nur wünschen, daß diese Worte auch in unserem eigenen Lande sowohl von den Heißspornen wie von den Kleinmütigen ernst bedacht werden. Bundesregierung und Bundestag haben erfreulicherweise deutlich ausgesprochen, daß sie nach der Berliner Konferenz nicht gegenüber weiteren Verhandlungen resignieren, sondern im Gegenteil auf Verhandlungen für eine allgemeine Entspannung hoffen, um „damit neue Möglichkeiten zur Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen“.

### Pankows Sorge

Wer in unserem engeren Umkreis am meisten Angst vor Verhandlungen hat, das ist in dieser Woche wieder einmal besonders deutlich geworden. Die drei westlichen Oberkommissare

hatten ihrem sowjetischen Kollegen Semjonow Verhandlungen zur Erleichterung des Personen- und Warenverkehrs zwischen Westdeutschland, Westberlin und der Sowjetzone vorgeschlagen. Kaum war die Note bekannt, wandten sich die Zeitungen und der Rundfunk Pankows in größter Aufregung dagegen.

Nun bietet die Note der Westmächte ausdrücklich an, „deutsche technische Sachverständige“ zu benennen, die „ermächtigt“ sind, für Westdeutschland diese Fragen zu behandeln“. Davon sagt Pankow kein Wort, denn sonst war der übliche Vorwand, der Westen schalte deutsche Vertreter aus, gleich enthüllt.

### Die Wirklichkeit ist anders

Aber zurück zum Hauptthema: Alle Bekundungen von Verhandlungsbereitschaft und Verhandlungshoffnungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit die Wirklichkeit noch nicht geändert ist. Aktives Handeln gehört dazu, um die Dinge in Bewegung zu bringen. Eine solche Handlung ist in dieser Woche in Bonn durch die verfassungsmäßige Anerkennung des Wehrrechtes der Bundesrepublik und ihrer Verteidigungspolitik gesetzt worden.

Sicherlich wird die sowjetzonale Propaganda, den üblichen Sturm laufen und den Wehrbeschluß nebst EVG als unüberwindliches Hindernis der Wiedervereinigung herausstellen. Für die Politik ist entscheidend, daß die Wirklichkeit anders ist.

Wie auch immer die spätere Ordnung in Mitteleuropa aussehen wird, daß dieser Raum unbewaffnet gelassen würde, das glaubt kein ernsthafter Politiker. Der Beschluß des Bundestages zur Wehrgängung und EVG ist nichts weiter als ein allererster Schritt zur Schaffung deutscher Verteidigungsfähigkeit. Wie sie endgültig in ein europäisches Gleichgewicht eingefügt wird, das bestimmt die Zukunft. Die EVG jedenfalls steht nicht im Wege, denn was völkerrechtlich ohnehin klar war, haben die drei westlichen Außenminister noch einmal auf der Viererkonferenz bestätigt: eine frei gewählte gesamtdeutsche Regie-

rung ist in ihren Entscheidungen frei.

Wenn es richtig ist, daß die Welt sich aus dem — allerdings anhaltenden — kalten Krieg auf den Weg des Verhandelns begibt, dann dürfen wir nicht verkennen, daß die Deutschlandfrage eher an das Ende der Verhandlungsreihe gerückt zu sein scheint. Und die Gefahr kann nicht einfach abgestritten werden, daß das heiße deutsche Eisen so lange liegen bleibt, bis es schließlich im Zustand der Spaltung erkaltet.

Hier steht vor uns Deutschen eine Aufgabe, die ernster und entschlossener als bisher angepackt werden muß. Nicht wenige und keineswegs nebensächliche ausländische Stimmen nach der Viererkonferenz haben erstaunt und zuweilen verächtlich auf die westdeutsche Uninteressiertheit an der deutschen Schicksalsfrage hingewiesen.

Man täte bitter unrecht, wollte man ganz Westdeutschland so einschätzen. Aber es ist unleugbar, daß drüben quer durch alle Stände und Schichten eine solche Teilnahmslosigkeit geht. Was wir brauchen, ist aber gerade das Gegenteil! Ist ein Aufstand gegen die nationale Trägheit, ist echtes gesamtdeutsches Temperament, das auch den letzten Träumer und Egoisten aufrüttelt! So kann man nur jedes Wort doppelt und dreifach unterstreichen, mit dem Jakob Kaiser als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen über den RIAS zu gesamtdeutscher Aktion aufgerufen hat, Vor bald anderthalb Jahrhunderten befand sich Deutschland in einer ähnlich unglücklichen Lage wie heute. Damals rief Fichte hier in Berlin in seinen feurigen Reden an die Nation den Deutschen zu: „Saget nicht, lasset uns noch ein wenig ruhen, noch ein wenig schlafen und träumen, bis etwa die Besserung von selber komme. Sie wird niemals von selbst kommen.“ In der Tat, auch die deutsche Wiedervereinigung ist keine absolute Selbstverständlichkeit. Wir müssen sie dazu machen! Wir haben die Pflicht, der Welt deutlich zu machen, daß es keine Ruhe und keinen Frieden in Europa geben kann, solange Deutschland gespalten ist.

# Einheit Deutschlands und Einheit Europas!

## Bundeskanzler Adenauers Bekenntnis zu Berlin und der Zone

Berlin (Eigenbericht). Vor über 13 000 Berlinern und Bewohnern der Sowjetzone hat Bundeskanzler Dr. Adenauer in den Hallen am Funkturm die Ziele der deutschen Politik nach der Viererkonferenz dargelegt. Er erneuerte sein Bekenntnis zur Wiedervereinigung und zur Einheit Europas. Die Rede des Bundeskanzlers wurde immer wieder von Beifallsstürmen unterbrochen. Dr. Adenauer war mit sieben Bundesministern nach Berlin gekommen. Bei seiner Ankunft auf dem Flugplatz Tempelhof hatte er erklärt: „Ich bin hier, um den Berlinern und der Sowjetzonenbevölkerung zu sagen, daß wir zu ihnen stehen in der festen Hoffnung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit kommen wird.“

Die Lehre der Berliner Konferenz, so betonte der Bundeskanzler in seiner Rede am Funkturm, bestehe darin, daß die Sowjetunion zur Zeit jede Lockerung innerhalb ihres europäischen Machtbereiches für ein Risiko halte, Sie sei nicht gewillt, an irgendeinem Punkt in Europa mit ihrem Druck nachzulassen.

### Ergebnisse der Konferenz

Adenauer sagte weiter, wenn die Berliner Konferenz nur das eine Ergebnis gehabt hätte, die Pläne und Absichten Sowjetrußlands in brutaler Klarheit erkennen zu lassen würde sie schon große politische Auswirkungen im Gefolge haben. Sie habe jedoch auch positive Resultate gebracht. Als besonders positives Ergebnis bezeichnete der Bundeskanzler dann die Tatsache, daß die drei Westmächte niemals zuvor so einig und geschlossen gewesen seien wie jetzt.

„Sie sind aus dieser Konferenz in ihren ganzen Ansichten und Überzeugungen einiger und geschlossener herausgegangen als sie hineingegangen sind. Das war der Erfolg Molotows. Ein Erfolg, von dem wohl am meisten Sowjetrußland überrascht worden ist.“

Molotow habe unter keinen Umständen eine Verständigung gewollt. „Nicht etwa wegen der EVG.“ Die sowjetische Politik in Europa sei ausschließlich von dem Gedanken beherrscht, den Status quo aufrechtzuerhalten.

### Keine Chance für Pankow

Mit erhobener Stimme betonte Adenauer, man solle sich endlich von allen Selbsttäuschungen befreien. „Ein Tauschgeschäft freie Wahlen gegen EVG oder irgend etwas der-

gleichen war in Berlin niemals am politischen Horizont.“ Unter großem Beifall fuhr der Kanzler fort: „Wer sagt, man hätte den Sowjets mehr anbieten müssen, hat die Berliner Situation gründlich mißverstanden.“ Neutralisierung bedeute Sowjetisierung.

Auf den Vorschlag Molotows über gesamtdeutsche Beratungen eingehend, meinte Adenauer, den Machthabern von Pankow solle nur zu den gleichen Rechten verholfen werden, wie den legitim gewählten Vertretern der Bundesrepublik.

„Pankow soll der Hebel werden für eine Bolschewisierung des ganzen Deutschlands. Wir müssen vor allem der Sowjetunion klarmachen, daß das Regime Pieck-Grotewohl nicht die mindeste Aussicht hat, sich mit Hilfe derart abgenutzter Methoden, wie Bildung einer provisorischen Regierung oder gesamtdeutscher Ausschüsse irgendwelcher Art, in die gesamtdeutsche Zukunft hinüberzusetzen.“

Es gelte weiter, den Sowjets unmißverständlich klarzumachen, daß überhaupt keine Aussicht dafür bestehe, daß ihr Programm jemals in Deutschland und in Europa verwirklicht werden könne. „Je schneller und je gründlicher wir das tun, um so eher wird die Sowjetunion ihr Nein überprüfen und aufgeben müssen. Die Träume von einer sowjetischen Vorherrschaft in Europa können nur zerstört werden, wenn die Einheit des freien Europa gestärkt und gefestigt wird.“

Unter großem Beifall stellte der Bundeskanzler dann fest: „Wir bleiben an der Seite des Westens. Wir bleiben bei der

Politik des Zusammenschlusses Europas. Wir bleiben bei der Politik der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit.“

### „Wir werden helfen!“

Zu den Deutschen in der Sowjetzone sagte Adenauer:

„Wir sind uns bewußt, daß Sie, meine Freunde in der Ostzone, durch die Fortdauer der Trennung Deutschlands neue Entbehrungen auf sich nehmen und neue Opfer bringen müssen. Die schmerzliche Enttäuschung über den Ausgang der Berliner Konferenz soll und darf aber nicht zur Verzweiflung werden.

Seid wachsam und vorsichtig, seid zäh und geduldig. Wir in der Bundesrepublik werden euch helfen, das Los zu tragen.“

Die gegenwärtig in der Bundesrepublik entfalteten wirtschaftlichen und politischen Kräfte würden einmal ganz Deutschland zugute kommen. Es handele sich hierbei nicht allein um die Schaffung von Produktionsstätten, sondern es handele sich auch um die geistige Kraft, „die stark genug ist, die Zonengrenze zu durchdringen und die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes intakt zu halten“. Alle Aufbauarbeit, die in der Bundesrepublik geleistet werde, geschehe nicht zuletzt deshalb, „damit am Tage der Wiedervereinigung auch die Menschen in der sowjetisch besetzten Zone daran teilhaben können.“

Ich bitte Sie, meine Freunde in Berlin und in der Sowjetzone, halten Sie aus! Ich weiß, wir verlangen viel von Ihnen. Aber wir werden Sie niemals im Stich lassen. Wir werden alles daransetzen, die Verbindungen persönlicher Natur leichter und besser zu gestalten. Unser Kontakt kann nicht eng genug sein. Auch geistig wollen wir euch helfen, euch und euren Kindern. In diesem Kampfe wird der Geist siegen, der Geist der Freiheit, der Geist der Liebe zum Volke. Diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs soll dieser Geist wehen, ihn kann nichts aufhalten, er wird siegen und uns wieder zusammenfügen.“

# Adenauers 5-Punkte-Programm

## Deutschland darf nicht sowjetisiert werden

(Fortsetzung von Seite 1)

die Wehrganzung im Bundsrat zur Abstimmung kommen. Man erwartet, daß die Bundesregierung dann die deutsch-alliierten Verträge dem Bundespräsidenten zur Ratifizierung vorlegen wird.

Zur Frage der deutschen Wiedervereinigung faßte der Bundestag einstimmig folgende Resolution:

„Der Deutsche Bundestag bedauert auf das tiefste, daß die Berliner Konferenz keine Lösung der Deutschlandfrage gebracht hat. Aus den Stellungnahmen des sowjetischen Außenministers geht eindeutig hervor, daß die Sowjetunion heute nicht willens ist, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zuzulassen.

Der Deutsche Bundestag dankt den Außenministern der Westmächte, daß sie sich mit großer Entschiedenheit für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit eingesetzt haben.

Der Deutsche Bundestag verpflichtet sich von neuem, als die einzige in Freiheit gewählte Vertretung des deutschen Volkes, alles, was in seiner Macht ist, zu tun, um den in Unfreiheit lebenden Deutschen beizustehen und die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit herbeizuführen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Berliner Konferenz die Voraussetzungen für weitere Verhandlungen geschaffen hat. Er hofft, daß diese Verhandlungen zu einer allgemeinen Entspannung führen und damit neue Möglichkeiten zur Wiedervereinigung Deutschlands eröffnen.

Der Deutsche Bundestag ist willens, dieses Ziel in der Gemeinschaft der freien Welt und in unverbrüchlicher Solidarität mit den anderen freien Völkern Europas zu verfolgen.“

In einer großen außenpolitischen Erklärung, die dieser Entscheidung vorausging, faßte der Bundeskanzler die Schlußfolgerungen aus der Berliner Konferenz in fünf Punkten zusammen:

1. Um dem sowjetischen Streben nach einer Vorherrschaft in Europa entgegenzutreten, ist es notwendig, Europa zu einigen

und seine Kraft zusammenzufassen.

2. Die Bundesrepublik muß ihre auf Freiheit und Recht gegründete innere Struktur festigen und die geistige und materielle Kraft entwickeln, die notwendig ist, um jeden Versuch, ganz Deutschland zu sowjetisieren, vereiteln zu können.

3. Die Bundesregierung muß durch Wort und Taten klar machen, daß sich die Deutschen niemals mit der Spaltung Deutschlands abfinden werden.

4. Die Berliner Konferenz hat gezeigt, daß die Deutschlandfrage nicht für sich allein gelöst werden kann. Die Bundes-

regierung begrüßt es daher, wenn versucht wird, Konfliktstoffe in anderen Teilen der Welt zu beseitigen, weil sich die dadurch erzielte Entspannung auch auf die deutsche Frage auswirkt. Die Bundesregierung wird daher besonders für den Aufbau eines auf der freien Zustimmung und der Gleichberechtigung aller Mitglieder beruhenden Systems kollektiver Sicherheit eintreten, das die Sowjetunion veranlassen kann, die sowjetisch besetzte Zone aus ihrem Machtbereich zu entlassen.

5. Die Bundesregierung wird alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen ergreifen, um den Deutschen in Berlin und in der sowjetisch besetzten Zone ihr schweres Los zu erleichtern.

# Verteidigung mit Deutschland

## Die West-Außenminister erstatteten Bericht

Berlin (Eigenbericht). Die Außenminister der drei Westmächte haben vor ihren Parlamenten Bericht über die Berliner Viererkonferenz erstattet. Alle drei sprachen sich für einen deutschen Verteidigungsbeitrag aus.

Der französische Außenminister Bidault betonte vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung, es gebe nur eine Lösung der deutschen Frage, und das sei die Zusammenarbeit mit Bonn im Rahmen des EVG-Vertrages.

Für einen deutschen Verteidigungsbeitrag und gegen eine Neutralisierung Deutschlands sprachen sich in der Debatte des englischen Unterhauses sowohl Außenminister Eden als auch der Sprecher der Labour-

Opposition, Morrison, aus. Die überraschende Entscheidung der Labour-Partei in der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages fiel auf einer Geheimsitzung. Morrison zollte Außenminister Eden und den Westmächten Beifall für ihre „ehrliehen Anstrengungen, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen“.

Zum deutschen Verteidigungsbeitrag sagte er, es sei dumm und undurchführbar, Deutschland zu neutralisieren und unbewaffnet zu halten.

Die Frage sei nicht, ob, sondern wie Deutschland wiederbewaffnet werde. Wichtig sei, daß Deutschland in der Organisation der kollektiven Sicherheit zur Bewahrung des Friedens mitarbeite.

Der britische Premierminister Churchill bekannte sich zu einer Politik des Friedens durch Stärke und forderte für weitere Verhandlungen über Deutschland und Österreich „Geduld und Standhaftigkeit“. Er ließ durchblicken, daß er noch immer ein Treffen der Staatschefs der vier Großmächte für möglich halte.

## Salonwagen explodiert

Wien (AP). Ein Salonwagen der tschechoslowakischen Eisenbahn ist kurz vor der österreichischen Grenzstation Hohenau explodiert. Der Wagen soll völlig zerstört sein.

## Polen soll Konsulate schließen

Washington (AP). Die USA haben Polen aufgefordert, ihre Generalkonsulate in New York, Chicago und Detroit zu schließen und das dort beschäftigte Personal nach Polen zurückzurufen.

In letzter Zeit war in der amerikanischen Öffentlichkeit mehrfach erklärt worden, das Generalkonsulat in Detroit sei eine kommunistische Propagandazentrale.

# Die SED-Lüge vom „Revanchekrieg“

## Pankows Bürgerkriegsstrategen und die „westdeutschen Divisionen“

In den nächsten Wochen startet die SED ihr großes Ablenkungsmanöver gegen die Forderung der Bevölkerung nach freien Wahlen und Ablösung der Parteidiktatur: Den Volksentscheid „Friedensvertrag oder EVG“. Um diese unsinnige und bewußt falsche Fragestellung zu begründen, erfand die SED-Propaganda die Parole von „Bonns Revanchekrieg“. In einem Weißbuch und in SED-Leitartikeln wird von angeblich bereits bestehenden „westdeutschen Divisionen“, von der „Gefahr des westdeutschen Militarismus“ gesprochen. Ist das nun ehrliche Furcht der SED oder eine auf innen- und außenpolitischen Effekt bedachte Ablenkung von kommunistischen Plänen, die man kennen muß?

Als die SED auf ihrem Parteitag im Juli 1950 zur „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ aufrief, erklärte sie öffentlich, daß sie keine Wiedervereinigung Deutschlands durch demokratische Wahlen und Volksentscheid wünscht. Die Staatspartei proklamierte ihre „Nationalarmee“ und baute sie in den folgenden Jahren unter der Tarnbezeichnung „Kasernierte Volkspolizei“ in drei Waffen-gattungen — Land, See und Luft — und mit sowjetischer Ausrüstung auf. Ohne die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, zwang sie die Jugendlichen in diese Armee hinein. So konnte KVP-Inspekteur Hermann Dünow bereits im Oktober 1952 beruhigt erklären: „Wenn die Volkspolizei auch nicht Armee heißt — unsere Armee steht!“

Der Westen verstand bald, was hier vor sich ging. Als die ersten KVP-Divisionen Namen bekamen wie „Rhein“, „Bayern“ und „Schleswig“, machte man sich in der Bundesrepublik mit dem Gedanken eigener Streitkräfte vertraut. Trotzdem gibt es bis heute nur die notwendigsten Grenzschutz- und Polizeieinheiten, und niemand weiß besser als die Kommunisten, daß diese Einheiten ihre ersten Maschinenpistolen bekamen, als die KVP bereits mit T 34 auf dem Dresdner Heller spazierenfuhr. Heute gibt es in der Bundesrepublik noch kein einziges zugelassenes Verkehrsflugzeug, in der Sowjetzone sind dagegen schon etliche Düsenjäger mit „Luftpolizei“-Besatzung abgestürzt.

### Die „Rotspanier“

Was in all diesen Jahren wenig kommentiert wurde und doch nicht ohne Bedeutung ist,

bleiben Struktur, Taktik und Führerkorps der KVP-Armee. Fast 60 Prozent aller Angehörigen des höheren KVP-Offizierskorps rekrutieren sich heute aus ehemaligen Politoffizieren und Kommandeuren der alten rotspanischen Brigaden. Der Rest sind auf sowjetischen Militärschulen ausgebildete Altkommunisten oder in Moskau umzogenene Wehrmachtsoffiziere, deren militärische Erfahrungen man brauchte. Alle aber bilden ihre Truppe nach sowjetischen Prinzipien und rotspanischen Traditionen aus.

Nur einen Fehler, allerdings einen entscheidenden, hat diese rotspanische Taktik. Sie setzt voraus, daß sie es mit einem schlecht bewaffneten und nicht organisierten Gegner zu tun hat. Sie gilt für den Bürgerkrieg. Was nun, wenn der Gegner genau so bewaffnet und auch nicht schlechter organisiert in die Verteidigungsstellung geht? Diese Aussicht macht alles zunichte, worauf die SEDistischen Aggressionspläne in Deutschland gegründet sind.

### Ablenkungsmanöver der SED

Als Ulbricht einsehen mußte, daß man nicht fünf Jahre nach Kriegsschluß neue rotspanische Brigaden aufstellen kann, um die kommunistische Deutschlandpolitik durchzusetzen, begann er das Gespenst des „deutschen Militarismus“ heraufzubeschwören. Die SED, die ihre Truppe unter einem selbst in Deutschland ungewohnten „preußischen Drill“ erziehen läßt, sprach plötzlich davon, daß Hitler-Generale angeblich die westdeutschen Einheiten kommandieren sollen.

Es wäre interessant, festzu-

stellen, ob in der Sowjetzone gegenwärtig nicht mehr ehemalige Hitler-Stabsoffiziere bereits Kommandostellen innehaben als sich in der Bundesrepublik überhaupt um eine Stellung bemühen!

### Fälschungen und Lügen

Ulbricht hat, als es darum ging, den westdeutschen „Militarismus“ zu „beweisen“, sein Weißbuch über den „General-kriegsvertrag“ vorgelegt. Monate später wurden die Verfasser dieses gefälschten „Generalvertrages“, auf die Ulbricht hereingefallen war, in der Bundesrepublik als Dokumentenfälscher verurteilt.

Danach hat Ulbricht an die drei oder vier Propagandakampagnen gestartet, in denen von „Wiedererstehen der SS“, von „Spionageaffären des westdeutschen Geheimdienstes“ und von der „Ausbildung westdeutscher Piloten an amerikanischen Düsenjägern“ die Rede war. Was blieb von diesen „Anklagen“ übrig? Die Bundesrepublik hatte eine Gruppe ehemaliger Verkehrsflieger zur Neuausbildung in die Schweiz geschickt, damit sie im gegebenen Fall überhaupt Piloten für ihre Verkehrsmaschinen hat. Aus der Sowjetunion treffen monatlich etwa 30 KVP-Offiziere als ausgebildete Fluglehrer ein, die in der Sowjetzone Personal für Düsenjäger schulen. Die „großen Spionageaffären“ wurden jedesmal spätestens nach vier Wochen als plumpe Agitationsmanöver entlarvt.

Der SED ist das gleichgültig. Erstens rechnet sie damit, daß sich die Lüge rascher verbreitet als die spätere Richtigstellung, und zweitens wird der propagandistische Zweck auch mit einer Lüge erfüllt. Wenn die SED heute mit gefälschten „Weißbüchern“ über die „Vorbereitung des Revanchekrieges“ durch die Bundesrepublik aufwartet, will sie damit nur von der Tatsache ablenken, daß die Aufstellung deutscher Verteidigungstreitkräfte und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft erst durch die in der Sowjetzone vollzogene Remilitarisierung akut geworden ist.

## Bauerntag — gegen die Bauern

Die „Parteiarbeit auf dem Lande“ existiert nicht mehr

Wenn in den Bezirksleitungen der SED von der „Parteiarbeit auf dem Lande“ gesprochen wird, ziehen die Genossen seit längerer Zeit besorgte Gesichter oder üben sicherheitshalber gleich Selbstkritik. Denn die sogenannte „Parteiarbeit auf dem Lande“ existiert nicht mehr. Bauern und Landarbeiter wissen zu genau, was die Versprechen der SED zu bedeuten haben.

Sie brauchen nur einen Blick auf die verlassenen Höfe, die herrenlosen Felder zu werfen, die es in fast jedem Dorf gibt. Selbst die offiziellen Parteimitglieder schweigen. Sie kennen die neuen Zwangsmaßnahmen, die wieder gegen die Bauern angewendet werden, und wissen, daß das Soll in diesem Jahr nicht weniger hart eingetrieben werden wird als im Jahr zuvor. Das bedeutet neues Brachland, noch mehr leere Höfe — und noch mehr Mangel an Arbeitskräften.

Die neuen Produktionsgenossenschaften haben den ersten Winter — und die ersten großen Enttäuschungen erlebt. Das Geld, das für die abgelieferten Erträge ausgezahlt wurde, langt

nicht hin und nicht her. Goldene Berge hatte man den Genossenschaftsbauern versprochen — und nun reichen nicht einmal die Kartoffeln bis zur nächsten Ernte. Auch der Gang in die Produktionsgenossenschaft ist für die SED-Agitatoren nutzlos geworden.

Um so lauter hat die SED ihren „IV. Deutschen Bauerntag“ angekündigt. Drei Tage lang versuchte man in Görlitz den Anschein zu erwecken, die

Staatspartei habe noch die politischen Wirkungsmöglichkeiten auf dem Dorfe. SED-Meisterbauern und Produktionsgenossenschaftsleiter trommelte man zusammen, damit die „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB) ihren zweifelhaften „Tätigkeitsbericht“ wenigstens vor Publikum abgeben konnte.

Aber so große Worte man auch gemacht hat, es kann nicht verborgen bleiben, daß der echte Bauerntag der Zone bereits stattgefunden hatte: auf der „Grünen Woche“ am Berliner Funkturm.

## In Paradeuniform geflüchtet

17. Juni machte sowjetische Offiziere nachdenklich

Berlin (DPA). In voller Paradeuniform, mit entschärfter Pistole und zwei Ladestreifen Patronen ist der Politoffizier des in Staaken bei Berlin liegenden sowjetischen Transportfliegerregiments, Oberleutnant Michail Tulin, nach Westberlin geflüchtet.

Tulin gehörte zu den neun besonders geschulten Politoffizieren des Regiments, dem die Begleitung und Beförderung des Befehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Armeegeneral

Gretschko, und mehrere anderer hoher Sowjetoffiziere anvertraut ist, wenn sie zum Empfang neuer Befehle nach Moskau gerufen werden. Tulin hatte die sowjetischen Soldaten ideologisch und politisch zu schulen.

Wie er in Berlin erklärte, ist seine kommunistische Politusbildung am 17. Juni schwer erschüttert worden, als deutsche Arbeiter gegen das Sowjetzonenregime demonstrierten. Etwas Derartiges habe er nicht für möglich gehalten.

Von da an sei in ihm der Gedanke an eine Flucht immer stärker geworden, bis er eines Abends seine beste Uniform anzog und zu Fuß nach Westberlin gegangen sei.

## Das Ostbüro der CDU teilt mit:

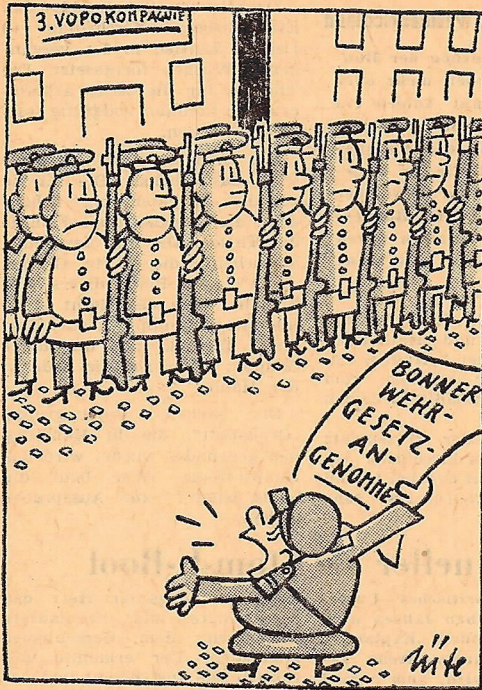
Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Kreuzer, Dr. chem., Dr. phil., Karl, etwa 62 Jahre alt, wohnhaft gewesen oder noch wohnhaft in Weimar, Stresemannstr. 17, Mitgl. d. KPD/SED, SED-Funktionär und Funktionär der Nationalen Front. Ist verdächtig, Zuträgerdienste für sowjetische Dienststellen geleistet zu haben.
2. Krumholz, Kurt, etwa 48 Jahre alt, wohnhaft in Wittenberg, Wichernstr., Pförtner u. später Angestellter der Stadtverwaltung gewesen, z. Z. anscheinend ohne feste Beschäftigung, Mitgl. d. SED.
3. Kruse, Erich etwa 47 Jh. alt, wohnhaft in Weimar, Ferdinand - Lassalle - Str. 48, Mitgl. d. SED, FDJ, DSF, zuletzt tätig gewesen als Personalleiter an der Hochschule für Architektur. Ist verdächtig, Kontakt mit dem SSD zu haben.
4. Kühne, Herbert, etwa 50 Jahre alt, wohnhaft in Halle, Friedemann - Bach - Platz 1, Mitgl. d. SED, SED-Funktionär, Funktionär der Nationalen Front, zuletzt tätig gewesen in der Industrie- u. Handelskammer. Ist verdächtig, dem SSD Mitteilungen über politische Einstellung und Haltung dritter Personen u. U. auch nur mittelbar zugehen zu lassen.

## Die „Gesellschaft“ braucht Mitglieder

Berlin (Eigenmeldung). Die bisherigen automatischen Streichungen von Mitgliedern der deutsch-sowjetischen Freundschaft, die länger als sechs Monate Rückstände in der Beitragszahlung hatten, werden jetzt nur nach besonderer Prüfung erfolgen. Auf Grund des bisher geübten Verfahrens waren nämlich monatlich fast 130 000 Mitglieder in der Zone und in Ostberlin aus den Listen gestrichen worden. Nuncmehr sind besondere Beauftragte eingesetzt worden, die die Beiträge regelmäßig bei den Lohn- und Gehaltszahlungen direkt von den Betrieben kassieren sollen.

## Rote Weisheiten



„Seid zufrieden, daß ihr in der DDR seid, Genossen, sonst würdet ihr drüben eines Tages vielleicht eingezogen werden!“

## Nur flüstern . . .

„Die Schnauze voll . . .“

Eine Kommission der Pankower Regierung hat — so wird erzählt — die Höfe von zwei neugebackenen Meisterbauern besichtigt. In dem Stall des einen Landwirts fiel den Besuchern ein vier Zentner schweres Schwein auf. Nachdem der Bauer auf die Frage, womit er denn dieses Tier gefüttert habe, geantwortet hatte, „nur Kartoffelschalen, Fußmehl und altes Brot“, mußte er wegen „Verschwendung hochwertiger Produkte“ einen Verweis einstecken. Auf dem Hof des zweiten Bauern fiel wiederum ein prächtiges Schwein auf, dessen Gewicht mit sechs Zentner angegeben wurde. Auf die erneute Frage nach der Futterzusammensetzung erhielten die Herren von der Regierung die Antwort: „Morgens schütte ich dem Tier einen Eimer Wasser hin; anschließend wird zwei Stunden Schulung abgehalten und dann hat das Tier den ganzen Tag über die Schnauze voll.“

## Feuersicher

Funktionär Meier ist Chemiker in einem Ostberliner Laboratorium des Aufbauministeriums. Ganz stolz erzählt er einem Freund, daß er ein neues Mittel entdeckt hat, durch das Holz feuersicher wird. Eine revolutionisierende Neuigkeit! Wieder einmal ein Schritt weiter im Kampf um den Frieden!

Aber seinem Freund imponiert das wenig. „Hör mal“, sagt er, „hast du da nicht umsonst gearbeitet? Unsere Streichholzfabriken müssen die Erfindung schon lange gemacht haben.“

## Nehmt Tapeten!

Ein neues Hochhaus in der Stalinallee ist fertig. Die Bauarbeiter nehmen das Gerüst ab — und plötzlich fällt das ganze Gebäude in sich zusammen. Mehrere Arbeiter werden schwer verletzt. Angstzitternd ruft der Architekt sofort Wilhelm Pieck an und meldet das Mißgeschick.

Pieck ist wütend. „Ihr Idioten!“ schreit er durch das Telefon, „habe ich euch nicht gesagt, ihr sollt die Gerüste nicht eher abnehmen, bis die Tapeten geklebt sind!“

## Verräterische Zeitungen

Ihre Leser hätten sich beklagt, daß die Reden der westlichen Außenminister nicht ausführlich genug abgedruckt worden seien. Das verrät uns die sowjetzonale „National-Zeitung“. Sie versucht, die mangelhafte Berichterstattung der Ostpresse folgendermaßen plausibel zu machen. „Es hätte genügt, den Standpunkt der Westmächte mit zwei Buchstaben wiederzugeben: No.“ Deshalb habe auch kein „national gesonnener Deutscher“ Interesse am vollständigen Abdruck der Reden gehabt. Die „demokratische Presse“ habe die Aufgabe, zu verhindern, daß ihre Leser am „Gift der gegnerischen Propaganda“ zugrunde gehen. — Die Aufgabe der Ostpresse ist also: zu verschweigen. Ein freimütiges Eingeständnis!

„Das Sowjetvolk bereitet freie demokratische Wahlen vor“, verkündet die sowjetamtliche „Tägliche Rundschau“. Denn am 14. März wird der Oberste Sowjet der UdSSR gewählt. Das angepreisene sowjetische Muster für freie Wahlen sieht so aus: „Die Kandidaten sind sowohl Kommunisten wie Parteilose, die von einem gemeinsamen Block aufgestellt werden, da sie gleiche Ziele verfolgen, gleiche Interessen haben. Sie kämpfen gemeinsam um den Sieg des Kommunismus. Sie haben also das gleiche Wahlprogramm. Kein Sowjetmensch könnte sich ein anderes Wahlprogramm denken. Es gibt kein besseres, es gibt kein größeres.“ — Nun, zum Ärger Ulbrichts sind deutsche Menschen keine Sowjetmenschen.

## Jugend gibt Auskunft über sich

Fast 60 von 100 gehen zur Kirche — Befragung in Westdeutschland

Neunundfünfzig von hundert Jungen und Mädchen der Bundesrepublik im Alter von 15 bis 24 Jahren gehen mehr oder weniger regelmäßig zur Kirche; 66% können auf Anhieb ein Bibelwort zitieren; 42% geben bekannt, daß sie manchmal oder regelmäßig beten. Dies sind Zahlen aus der umfangreichen Statistik über Westdeutschlands Jugend, die das Bielefelder Demoskopie-Institut EMNID aus einer im November 1953 durchgeführten Repräsentativbefragung in der Bundesrepublik ermittelt hat. Von den befragten Jugendlichen waren 56% evangelisch, 38% katholisch und 6% anderer bzw. ohne Konfession.

Vergleicht man die Befragungsergebnisse verschiedenster Art bei den einzelnen Konfessionen, so fallen erhebliche Unterschiede auf, z. B. in den Fragen, die auf die politische Einstellung der Jugend abzielten. Der Satz „Jugendliche sollten Vorschriften nicht kritisieren, sondern befolgen“, mit dem man das Selbstbewußtsein und die Kritikklust der Jugend testen wollte, wurde von 52% der Befragten abgelehnt, und zwar von 56% der evangelischen, aber nur 44% der katholischen Jugendlichen. Bei dem zweiten Test-Satz „Statt daß jeder allein sich für die Politik interessiert und sich mitverantwortlich fühlt, sollte man das besser nur dem Mann überlassen, der die Staatsgewalt in Händen hat“ ist das Verhältnis noch auffällender: 71% der evangelischen Jugendlichen wandten sich gegen diese These, aber nur 59% der katholischen. Dagegen waren 75% der Katholiken, aber nur 71% der Protestanten bereit, den heutigen Staat, also die Bundesrepublik, in der Diskussion zu verteidigen.

Ebenso sind die konfessionellen Unterschiede in der Bereitschaft, Soldat zu werden, sehr gering (28% der Evangelischen und 30% der Katholiken unbedingt, 43 bzw. 41% nur unter gewissen Voraussetzungen).

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in ständ-

Eine glückliche Ehe zwischen Evangelischen und Katholiken hielten 71% aller befragten Jugendlichen für möglich, und zwar fast gleichmäßig in beiden Konfessionen.

Übrigens ist der Prozentsatz der Angehörigen kirchlicher Jugendgruppen mit 6% bei beiden Konfessionen gleich, also sehr klein.

## Schneller als Atom-U-Boot

Als erstes britisches Unterseeboot seit sieben Jahren wird das Versuchsmodell „Explorer“, dessen Ausrüstung streng geheimgehalten wird, vom Stapel laufen. Nach inoffiziellen Berichten soll das Boot mit einem neuartigen Brennstoff angetrieben werden, der eine höhere Geschwindigkeit erwarten läßt, als sie das amerikanische Atomunterseeboot „Nautilus“ besitzen werde. Der „Explorer“ soll auch in der Lage sein, den Atlantik unter Wasser zu überqueren, ohne die Hilfe eines „Schnorchels“ zu benutzen.

## 10 Jahre verschollen

Ein seit etwa zehn Jahren verschollenes Amati-Cello kann durch die Aufmerksamkeit des Aachener Geigenbauers Mathias Niessen seinem rechtmäßigen Eigentümer wieder zugestellt werden. Vor einigen Wochen

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

## Vorbereitung für Leipzig

Die Vorbereitungen für den Evangelischen Kirchentag in Leipzig wurden in den vergangenen Wochen fortgesetzt. Die Themen für die sechs Arbeitsgruppen konnten endgültig festgelegt werden.

Die Arbeitsgruppe „Kirche“ wird das Thema „Die Kirche vor dem Jüngsten Tag“ behandeln, die Arbeitsgruppe Familie das Thema „Der Typ des neuen Menschen“, die dritte Gruppe „Volk“: „Im Reich dieses Königs hat man das Recht lieb“, die vierte Gruppe „Neue Welt durch Technik“ und die fünfte Gruppe: „Wer hat die Erde in der Hand?“

Die sechste Arbeitsgruppe „Großstadt“, die in Hamburg neu gegründet wurde, wird das Hauptreferat „Wer baut die letzte Stadt?“ zur Aussprache stellen.

hatte ein eleganter Herr das beschmutzte und beschädigte Instrument dem Geigenbauer angeboten. Der erkannte und erwarb das Instrument und begann sofort mit den Nachforschungen nach dem Eigentümer. „Antonius Stradivarius Cremonensis faciebat 1712“ stand auf dem Boden des Instruments.

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.